Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7943**
14. Wahlperiode 03. 01. 2002

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 19. Dezember 2001 gemäß der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 8. April 1959 und 16. Oktober 1964 – Drucksachen III/674, III/886.

Vorbemerkung

Das Schwerbehindertenrecht, das bislang im Schwerbehindertengesetz geregelt war, wurde zum 1. Juli 2001 als Teil 2 in das Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen eingeordnet. Das Schwerbehindertengesetz, das im Berichtsjahr 2000 gegolten hat, wurde als eigenständiges Gesetz aufgehoben.

Im Folgenden werden die dem SGB IX entsprechenden Angaben kursiv hinzugesetzt.

A. Wesentliche Ergebnisse[1]

1. Der Bund

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen[2] im Bund (i. S. von § 5 Abs. 3 Nr. 1 i.V. m. § 11 Abs. 7 SchwbG *(§ 71 Abs. 3 Nr. 1 i.V. m. § 77 Abs. 8 SGB IX),* d. h. bei allen obersten Bundesbehörden mit ihren nachgeordneten Dienststellen, dem Bundespräsidialamt, den Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, dem Bundesverfassungsgericht, den obersten Gerichtshöfen des Bundes, dem Bundesgerichtshof, zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt, sowie dem Bundeseisenbahnvermögen stellte sich im Jahr 2000 (Stand: 31. Oktober) wie folgt dar:

Arbeitgeber Bund gemäß § 11 Abs. 7 SchwbG *(§ 77 Abs. 8 SGB IX)*	**1999**	**2000**
Zu zählende Arbeitsplätze[3]	315 114	309 781
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	18 907	18 587
Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	20 224	20 101
Beschäftigungsquote	***6,4 %***	***6,5 %***

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr als Folge des allgemeinen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst des Bundes um 1,69 % (– 5 333). Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) ging infolgedessen gleichermaßen um 1,69 % (– 320) zurück.

Erfreulich ist aber, dass die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze nicht in gleichem Maße, sondern lediglich um 0,60 % (– 123) zurückging. Dieses positive Ergebnis ist im Kontext mit den besonderen Aktivitäten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen zu sehen und ist Ausdruck einer hohen Flexibilität der öffentlichen Arbeitgeber des Bundes in Bezug auf die Integration schwerbehinderter Menschen.

Der erreichte Anstieg der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im Bund gegenüber dem Vorjahr 1999 um 0,1 Prozentpunkt ist folglich das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen. Die Quote beträgt nunmehr 6,5 %.

Damit ist die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen nach wie vor höher als die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote. Die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen ist um 1 514 höher als die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl zu beschäftigender schwerbehinderter Menschen. Wenngleich das Instrumentarium zur Förderung der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen durch das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, das am 1. Oktober 2000 in Kraft getreten war, hier noch keine Auswirkungen zeigen kann, ist davon auszugehen, dass sich die Beschäftigungssituation im Laufe des kommenden Berichtszeitraums noch weiter verbessern wird.

Ins Einzelne gehende Aufstellungen über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes sind als Anlagen 1a und 1b beigefügt.

2. Die Bundesministerien mit nachgeordnetem Bereich

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien (mit ihren nachgeordneten Dienststellen) einschließlich des Bundespräsidialamtes (i. S. von § 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwbG) *(§ 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX),* aber ohne die Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, das Bundesverfassungsgericht, die obersten Gerichtshöfe des Bundes, den Bundesgerichtshof (zusammengefasst mit dem Generalbundesanwalt) sowie das Bundeseisenbahnvermögen hat sich 2000 (Stichmonat Oktober) zusammengefasst wie folgt entwickelt:

Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Bereich	**1999**	**2000**
Zu zählende Arbeitsplätze	302 320	297 841
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	18 139	17 870
Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	19 439	19 397
Beschäftigungsquote	***6,4 %***	***6,5 %***

---

[1] Die Angaben beruhen auf den Anzeigen der obersten Bundesbehörden und der sonstigen Bundesdienststellen i. S. des § 5 Abs. 3 Nr. 1 und 4 des Schwerbehindertengesetzes *(§ 71 Abs. 3 Nr. 1 und 4 SGB IX).* Sie sind nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit vom 4. Juli 2001 von den für das Anzeigeverfahren nach § 13 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes *(§ 80 Abs. 2 SGB IX)* für die obersten Bundesbehörden und die sonstigen Bundesdienststellen zuständigen Arbeitsämtern geprüft und, soweit notwendig, berichtigt worden, des Weiteren vom Arbeitsamt Berlin-Mitte mit Schreiben vom 16. Oktober 2001.

[2] einschließlich gleichgestellter behinderter Menschen und sonstiger anrechnungsfähiger Personen, im Folgenden nur schwerbehinderte Menschen genannt.

[3] Darin sind die Einzeldaten für den Bundesnachrichtendienst (**2** 2) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (**4** 1.11), die wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststellen nicht veröffentlicht werden, nicht enthalten.

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich gegenüber dem Vorjahr als Folge des allgemeinen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst des Bundes um 1,48 % (– 4 479). Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) ging infolgedessen gleichermaßen um 1,48 % (– 269) zurück.

Die insgesamt positive Entwicklung der Zahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze zeigt sich darin, dass trotz eines Rückgangs bei den zu zählenden Arbeitsplätzen das Vorjahresergebnis bei den mit schwerbehinderten Menschen besetzten Plätzen nahezu wieder erreicht worden und lediglich ein unterdurchschnittlicher Rückgang um 0,21 % (– 42) zu verzeichnen ist. Die Beschäftigungsquote stieg infolgedessen gegenüber dem Vorjahr 1999 wieder um 0,1 Prozentpunkt an und beträgt nunmehr 6,5 %.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 1c beigefügt.

3. Die Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien ohne Berücksichtigung der nachgeordneten Dienststellen einschließlich des Bundespräsidialamtes (i. S. von § 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwbG) *(§ 77 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX)* stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich	**1999**	**2000**
Zu zählende Arbeitsplätze	19 344	19 183
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	1 161	1 151
Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	1 400	1 303
Beschäftigungsquote	***7,2 %***	***6,8 %***

Die Zahl der zu berücksichtigenden Arbeitsplätze verringerte sich als Folge des allgemeinen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst des Bundes um 0,83 % (– 161). Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen zu besetzenden Arbeitsplätze (sog. Pflichtarbeitsplätze) ging ebenfalls um 0,83 % (– 10) zurück. Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze verringerte sich um 6,92 % (– 97).

Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich verringerte sich 2000 gegenüber dem Vorjahr 1999 um 0,4 Prozentpunkte. Sie beträgt nunmehr 6,8 %. Dies ist zum Teil auf die Verlagerung der Dienstsitze von Bonn nach Berlin (Bonn-Berlin-Umzug) zurückzuführen. Schwerbehinderte Menschen haben überproportional von der ihnen eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf einem Arbeitsplatz bei einer anderen Behörde im Bonner Raum beschäftigt zu werden. Die betroffenen Ressorts sind bestrebt, den Rückgang der Zahl der bei ihnen beschäftigten schwerbehinderten Menschen wieder auszugleichen und bei der Besetzung von freien Stellen wieder mehr schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 1d beigefügt.

4. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen bei den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht (i. S. des § 5 Abs. 3 Nr. 4 SchwbG) *(§ 71 Abs. 3 Nr. 4 SGB IX)* ergibt folgendes Bild:

Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	**1999**	**2000**
Zu zählende Arbeitsplätze	232 735	235 492
Zahl der Pflichtarbeitsplätze	13 964	14 130
Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	14 914	15 256
Beschäftigungsquote	***6,4 %***	***6,5 %***

Die zu zählenden Arbeitsplätze stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,19 % (+ 2 757) an. Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen zu besetzenden Arbeitsplätze stieg infolgedessen ebenfalls um 1,19 % (+ 166) an. Die Zahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze stieg erfreulicherweise sogar um 2,3 % (+ 342).

Die gegenüber dem Vorjahr 1999 um 0,1 Prozentpunkt wieder angestiegene Beschäftigungsquote beträgt nunmehr 6,5 %.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 1e beigefügt.

5. Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen außerhalb des Bundes

Zum Vergleich: Die Quoten bei privaten Arbeitgebern und öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) stellen sich nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1999 (Stichmonat Oktober) wie folgt dar (die Zahlen für 2000 – Ergebnisse aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 13 Abs. 2 SchwbG *(§ 80 Abs. 2 SGB IX)* – werden erst Ende dieses Jahres vorliegen):

Länder	Private Arbeitgeber	Öffentliche Arbeitgeber[1)]
Baden-Württemberg	*3,3*	*5,2*
Bayern	*2,9*	*4,8*
Berlin	*3,4*	*6,0*
Brandenburg	*2,7*	*3,9*
Bremen	*3,3*	*5,5*
Hamburg	*3,1*	*5,0*
Hessen	*3,4*	*6,4*
Mecklenburg-Vorpommern	*2,7*	*4,6*
Niedersachsen	*3,5*	*5,5*
Nordrhein-Westfalen	*3,8*	*5,6*
Rheinland-Pfalz	*3,3*	*5,2*
Saarland	*3,7*	*6,4*
Sachsen	*2,5*	*4,3*
Sachsen-Anhalt	*2,5*	*4,4*
Schleswig-Holstein	*3,2*	*5,5*
Thüringen	*2,7*	*4,4*
Bundesgebiet insgesamt	***3,3***	***5,2***
davon		
Bundesgebiet West	*3,4*	*5,4*
Bundesgebiet Ost	*2,7*	*4,7*

1) Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung

Die Gesamtquote bei den öffentlichen Arbeitgebern (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) ist gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkt gesunken.

Bei den privaten Arbeitgebern ist die Gesamtquote 1999 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 0,1 Prozentpunkt gesunken.

6. Ausgleichsabgabe des Bundes

Der Bund (als Arbeitgeber der öffentlichen Hand i. S. von § 11 Abs. 7 SchwbG) *(§ 77 Abs. 8 SGB IX)* hat auch in diesem Jahr für das Jahr 2000 keine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da der Bund insgesamt gesehen mit 6,5 % mehr als 6 % schwerbehinderte Menschen beschäftigt (§ 5 Abs. 1 i.V. m. § 11 Abs. 1 und 7 SchwbG) *(§ 71 Abs. 1 i.V. m. § 77 Abs. 1 und 8 SGB IX).*

7. Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 1999 bis 31. Oktober 2000

Unter Berücksichtigung der

- Zahl der neu eingestellten schwerbehinderten Menschen,
- Quote der neu eingestellten schwerbehinderten Menschen, bezogen auf die Zahl der Neueinstellungen insgesamt und
- Zahl der ausgeschiedenen schwerbehinderten Menschen einschließlich Wegfall der Schwerbehinderung oder der Gleichstellung

stellt sich die Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes (bei den Bundesressorts einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und den sonstigen obersten Bundesbehörden) im Berichtszeitraum wie folgt dar:

	1999			**2000**		
	insgesamt	**männlich**	**weiblich**	**insgesamt**	**männlich**	**weiblich**
Neueinstellungen						
Insgesamt	14 020	7 886	6 134	10 965	5 945	5 020
darunter						
schwerbehinderte Menschen	551 *(3,9 %)*	317	234	484 *(4,4 %)*	264	220
Erstmalige Anerkennung als schwerbehinderter Mensch / Gleichstellung von behinderten Menschen	1 825	1.219	606	1 884	1 234	650
In Fällen sind schwerbehinderte Menschen ausgeschieden bzw. ist die Schwerbehinderteneigenschaft bzw. Gleichstellung weggefallen	3 049	2 005	1 044	2 738	1 927	811
Saldo	**– 673**			**– 370**		

484 Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen einschließlich gleichgestellter behinderter Menschen bedeuten bei insgesamt 10 965 Neueinstellungen einen Anteil von 4,4 %. Das ist eine erfreuliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr und macht deutlich, was durch intensive Bemühungen der Beteiligten zur Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen erreicht worden ist. Hinzu kommen 1 884 erstmalige Anerkennungen schon Beschäftigter als schwerbehinderte Menschen und erstmalige Gleichstellungen von behinderten Menschen. Dieser Gesamtzahl von 2 368 stehen 2 738 Austritte bzw. Fälle des Wegfalls der Schwerbehinderung oder Gleichstellung gegenüber. Das bedeutet bei den mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätzen einen Saldo von minus 370. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Differenz zwischen Zu- und Abgängen bei den beschäftigten schwerbehinderten Menschen damit um rd. 45 % verringert.

Eine ins Einzelne gehende Aufstellung ist als Anlage 1f beigefügt.

8. Schwerbehinderte Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes

Der Frauenanteil von 33,7 % im Jahr 1999 an den beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den Bundesdienststellen einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche konnte auf nunmehr 34,8 % im Jahr 2000 erhöht werden. Zurückzuführen ist die positive Entwicklung insbesondere auf einen hohen Anteil von neu eingestellten schwerbehinderten Frauen, der 45,5 % betrug.

Einzelheiten sind aus der Anlage 1f ersichtlich.

Anteil der Frauen an der Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen

		1999	2000
Bundesdienststellen einschl. nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt	20 224	20 101
	davon Frauen	6 817	7 001
	%-Anteil	*33,7*	*34,8*
Bundesministerien einschließlich nachgeordnetem Geschäftsbereich	Insgesamt	19 439	19 397
	davon Frauen	6 518	6 799
	%-Anteil	*33,5*	*35,1*
Bundesministerien ohne nachgeordneten Geschäftsbereich	Insgesamt	1 400	1 303
	davon Frauen	485	436
	%-Anteil	*34,7*	*33,5*
Sonstige Bundesdienststellen	Insgesamt	783	702
	davon Frauen	235	229
	%-Anteil	*30,0*	*32,6*
Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht	Insgesamt	14 914	15 256
	davon Frauen	7 714	7 873
	%-Anteil	*51,7*	*51,6*

Zahl der Neueinstellungen (Bundesdienststellen einschl. nachgeordnetem Bereich)	Insgesamt	14 020	10 965
	davon Frauen	6 134	5 020
	%-Anteil	*43,8*	*45,8*
darunter schwerbehinderte Menschen	Insgesamt	551	484
	davon Frauen	234	220
	%-Anteil	*42,5*	*45,5*

9. Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten

Im Jahr 2000 sind durch die Bundesdienststellen (Bundesressorts und sonstige Bundesdienststellen) Aufträge in einem Gesamtvolumen von DM 2 234 374,53 an (anerkannte) Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten vergeben worden.

	1999	2000
Ressorts	2 842 960,58	2 145 252,64
Sonstige Bundesdienststellen	737 352,10	89 121,89
Gesamt	3 580 312,68	2 234 374,53

Das Gesamtvolumen ging damit gegenüber dem Vorjahr um 37,59 % zurück.

Dabei ist auch die Auftragsvergabe durch die Bundesressorts im Jahr 2000 um 24,54 % zurückgegangen.

Eine Aufstellung über die Verteilung des Gesamtauftragsvolumens auf die einzelnen Bundesressorts und sonstigen Bundesdienststellen, getrennt nach Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten, ist als Anlage 1g beigefügt.

10. Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes

Am 1. Oktober 2000 ist in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 das „Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter“ (BGBl. I S. 1394) in Kraft getreten. Diese Regelungen, deren Ziel es ist, die Chancengleichheit schwerbehinderter Menschen im Arbeits- und Berufsleben zu fördern, sind in Teil 2 des Sozialgesetzbuchs – Neuntes Buch (SGB IX) mit Wirkung ab 1. Juli 2001 unverändert übernommen worden. Erklärtes Ziel ist, die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen bis zum Oktober 2002 um 25 % – gemessen an der Zahl vom Oktober 1999 – also um rund 50 000 – zu verringern.

Alle gesetzlichen Maßnahmen haben gemeinsam, dass sie geeignet sind, arbeitslosen schwerbehinderten Menschen (wieder) die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Die neuen Vorschriften richten sich an alle, auf die es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ankommt, auch an die öffentlichen Arbeitgeber in Bund und Ländern, denen bei der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eine Vorbildfunktion zukommt.

Die wichtigsten Änderungen sind die folgenden:

– Erhöhung der Wirksamkeit des Systems von Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe,

– Stärkung der Rechte der schwerbehinderten Menschen und der Schwerbehindertenvertretungen,

– Ausbau betrieblicher Prävention,

– Intensivierung und bessere Nutzbarmachung der Dienstleistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Hauptfürsorgestellen *(Integrationsämter),*

– Verbesserung des Rechts zur Förderung schwerbehinderter Menschen,

– Verstärkte Verwendung der Ausgleichsabgabe für arbeitsmarktorientierte Fördermaßnahmen und zusätzliche innovative Instrumente.

Weitere Verbesserungen sind durch das SGB IX eingeführt worden.

Hervorzuheben sind die besonderen Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber im Bundesbereich (§ 14a SchwbG, Artikel 1 Nr. 10 SchwbBAG) *(§ 82 SGB IX).* Als flankierende Maßnahme zur Stabilisierung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei den in § 5 Abs. 3 Nr. 1 und 4 Schwerbehindertengesetz *(§ 71 Abs. 3 Nr. 1 und 4 SGB IX)* genannten öffentlichen Arbeitgebern des Bundes beträgt der Pflichtsatz weiterhin 6 vom Hundert, wenn sie am 31. Oktober 1999 auf mindestens 6 vom Hundert der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen beschäftigt hatten *(§ 159 Abs. 1 SGB IX).* Danach beträgt bei nachfolgend genannten öffentlichen Arbeitgebern der Pflichtsatz weiterhin 6 vom Hundert:

Bundesdienststelle	Pflichtquote Oktober 1999*)
BPrA	*9,8*
Bund-Länder-Kommission	*8,3*
BMJ	*8,6*
BMWi	*7,2*
BMVEL	*7,5*
BMA	*9,3*
BMVg	*7,6*
BMFSFJ	*7,7*
BMG	*6,2*
BMVBW	*6,3*
BMU	*8,9*
BMBF	*6,8*
BMZ	*6,8*
BPA	*9,3*
BKM	*9,6*
BT	*6,3*
BVerwG	*10,9*
BAG	*7,8*
BSG	*16,3*
BFH	*7,6*

*) Die Daten für Oktober 2000 siehe Anlage 1b

B. Zusammenfassung und Fazit

1. Die Bundesministerien und die sonstigen Bundesdienststellen, jeweils mit ihren nachgeordneten Dienststellen, haben zusammengefasst einen Anteil beschäftigter schwerbehinderter Menschen von 6,5 % erreicht. Damit ist die für die einzelnen Bundesressorts mit ihren nachgeordneten Behörden gesetzlich vorgeschriebene Quote von 6 % deutlich überschritten.

2. Die Beschäftigungsquote in diesem Bereich ist gegenüber dem Vorjahr nochmals um 0,1 Prozentpunkt gesteigert worden. Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes hat sich im Berichtsjahr verbessert. Welche positiven Ergebnisse mit den verbesserten und weiterentwickelten Instrumenten des Schwerbehindertenrechts erreicht werden, wird im Bericht 2002 für das Berichtsjahr 2001 darzustellen sein.

Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei den Bundesministerien ohne nachgeordneten Bereich beträgt im Jahre 2000 zwar „nur“ noch 6,8 %, das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Diese Quote der Ressorts – zusammengefasst betrachtet – ist aber nach wie vor vorbildlich. Die Bundesregierung hat im Zuge des Umzugs nach Berlin den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ressorts und darüber hinaus auch weiterer oberster Bundesbehörden die Möglichkeit des Verbleibs am bisherigen Dienstort ausdrücklich zugesagt. Von dieser Möglichkeit haben schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt Gebrauch gemacht und sind nunmehr bei anderen Behörden am bisherigen Dienstort weiter beschäftigt. Die Bundesregierung stellt damit ihre gegenüber Beschäftigten vorbildliche soziale Haltung unter Beweis.

Der Anteil schwerbehinderter Menschen bei den Neueinstellungen (einschließlich der erstmaligen Anerkennung als schwerbehinderter Mensch bzw. der Gleichstellung von behinderten Menschen) ist im Jahre 2000 deutlich gestiegen – von 3,9 % auf 4,4 %. Aus dem Anstieg schwerbehinderter Menschen bei den Neueinstellungen werden die intensiven Bemühungen der Beteiligten deutlich, die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen zu verbessern. Dabei ist die Zahl der erstmaligen Anerkennungen als schwerbehinderter Mensch und der Gleichstellungen von behinderten Menschen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Ziel der Bundesregierung ist es, die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen durch eine Steigerung bei den Neueinstellungen schwerbehinderter Menschen zu verbessern, nicht durch eine höhere Zahl von Anerkennungen und Gleichstellungen. Trotzdem bleibt der Rückgang der Zahl der erstmaligen Anerkennungen und Gleichstellungen in den letzten Jahren von 5 120 erstmaligen Anerkennungen in 1994 auf nunmehr 1 884 positiv zu bewerten. Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl
1994	5 120
1995	2 404
1996	2 268
1997	1 897
1998	1 936
1999	1 825
2000	1 884

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Differenz zwischen Zu- und Abgängen bei den beschäftigten schwerbehinderten Menschen um rd. 45 % verringert. Das ist eine erfreuliche Steigerung. Eine weitere Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen kann aber nur erreicht werden, wenn die Zahl der Neueinstellungen (einschließlich der erstmaligen Anerkennungen bzw. der Gleichstellungen) die Zahl der Austritte bzw. Wegfall der Schwerbehinderteneigenschaft oder Gleichstellung übersteigt.

Der Anteil an Neueinstellungen schwerbehinderter Frauen bei den Bundesdienststellen einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche stieg ebenfalls nochmals an, nämlich von 42,5 % auf 45,5 %. Damit stieg der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen von 33,7 % auf 34,8 %. Damit wird auch dem Auftrag (§ 5 Abs. 1 Satz 2 SchwbG, *§ 71 Abs. 1 Satz 2 SGB IX),* schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen, Rechnung getragen.

3. Die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen bei den öffentlichen Arbeitgebern insgesamt (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung) beträgt im Berichtsjahr 5,2 %. Diese Beschäftigungsquote ist seit dem Jahr 1992 nahezu gleich bleibend. Dabei ist festzustellen, dass die Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern seit 1994 stetig angestiegen ist (von 3,4 % auf 4,7 %), während die Quote in den alten Bundesländern seit 1994 von 5,7 % auf nunmehr 5,4 % zurückging.

Bei den privaten Arbeitgebern sank die durchschnittliche Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im gesamten Bundesgebiet von 4,0 % im Jahr 1991 auf nunmehr 3,3 %. In den alten Bundesländern ist auch hier ein kontinuierlicher Rückgang der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen zu verzeichnen (von 4,0 % in 1991 auf 3,4 % in 1999). Auch in den neuen Bundesländern entwickelte sich die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen von 1991 bis 1994 rückläufig (von 4,0 % auf 2,4 %). Seitdem ist, wenn auch vergleichsweise mäßig, wieder ein Anstieg der Beschäftigungsquote auf 2,7 % zu verzeichnen.

4. Es ist zu erwarten, dass die zügige Umsetzung des Instrumentariums zur Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, das durch das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zum 1. Oktober 2000 (Stichmonat dieses Berichts) geschaffen und im SGB IX nochmals fortentwickelt worden ist, auch im öffentlichen Dienst des Bundes zu weiteren Verbesserungen bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen führen wird. Dazu werden auch die von den einzelnen obersten Bundesbehörden beabsichtigten Maßnahmen beitragen. Aufseiten aller Beteiligten im Bereich des öffentlichen Dienstes des Bundes ist erkennbar, dass die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes einen hohen Stellenwert hat.

C. Statistische Übersichten

Anlage 1a

Lfd. Nr.		Dienststelle	Zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze insgesamt	Besetzte Arbeitsplätze davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
		2	3	4	5	5a	6
1	1	**Bundespräsidialamt**	160	10	11	5	*6,9*
	2	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	24	1	2	0	*8,3*
2	1	**Bundeskanzleramt**	493	30	22	6	*4,5*
	2	Bundesnachrichtendienst[1]	0	0	0	0	*4,3*[1]
3	1	**Auswärtiges Amt**[2]	2 500	150	98	24	*3,9*
	2	Deutsches Archäologisches Institut Zentraldirektion – einschließlich Römisch-Germanische Kommission, Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik und Kommission für Allgemeine und Vergleichende Archäologie	144	9	8	4	*5,6*
4		**Bundesministerium des Innern**					
	1.1	Ministerium	1 389	83	101	38	*7,5*
		1. Nachgeordneter Bereich					
	1.2	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	20	1	1	0	*5,0*[*]
	1.3	Der Bundesdisziplinaranwalt	24	1	3	0	*12,5*
	1.4	Statistisches Bundesamt	2 836	170	275	133	*9,7*
	1.5	Bundesverwaltungsamt	1 731	104	194	94	*11,2*
	1.6	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie	315	19	29	12	*9,2*
	1.7	Bundeszentrale für politische Bildung	185	11	15	9	*8,1*
	1.8	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien	49	3	2	2	*4,1*

[*] Entspricht einer Quote von 6,0 %.

[1] Die ermittelten Zahlen können wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststelle nicht veröffentlicht werden.

[2] Das Auswärtige Amt teilt dazu mit, dass es zur Erfüllung seiner Aufgaben bis auf wenige Ausnahmen von allen Bediensteten die gesundheitliche Eignung für den regelmäßigen Wechsel zwischen Inlands- und Auslandsdienstposten verlangen muss. Neben körperlichen Mindestvoraussetzungen setzt die Einstellung in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst eine erfolgreiche Platzierung im Auswahlverfahren voraus. Trotz gezielter Werbemaßnahmen fehlt es bisher an geeigneten schwerbehinderten Bewerbern (Bewerberquote unter 1 %).

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				insgesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
4 1.9	Bundesinstitut für Sportwissenschaft	63	4	5	3	7,9
1.10	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	2 477	149	322	152	13,0
1.11	Bundesamt für Verfassungsschutz	0	0	0	0	5,3[1)]
1.12	Bundeskriminalamt					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*2 361*	*142*	*173*	*71*	*7,3*
	mit Polizeivollzugsbeamten	4 462	268	188	73	4,2
1.13	Bundesamt für Zivilschutz	324	19	15	5	4,6
1.14	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	859	52	59	19	6,9
1.15	Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern	215	13	23	6	10,7
1.16.1	Grenzschutzpräsidium Süd					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*1 357*	*81*	*123*	*50*	*9,1*
	mit Polizeivollzugsbeamten	7 229	434	159	48	2,2
1.16.2	Grenzschutzpräsidium Mitte					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*897*	*54*	*118*	*49*	*13,2*
	mit Polizeivollzugsbeamten	5 561	334	177	30	3,2
1.16.3	Grenzschutzpräsidium West					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*1 582*	*95*	*177*	*214*	*11,2*
	mit Polizeivollzugsbeamten	7 713	463	242	215	3,1
1.16.4	Grenzschutzpräsidium Nord					
	ohne Polizeivollzugsbeamten	*1 441*	*86*	*167*	*63*	*11,6*
	mit Polizeivollzugsbeamten	7 569	454	212	63	2,8
1.16.5	Grenzschutzpräsidium Ost					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*2 057*	*123*	*96*	*55*	4,7[2)]
	mit Polizeivollzugsbeamten	9 736	584	122	59	1,3
1.16.6	Grenzschutzschule					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*329*	*20*	*34*	*17*	*10,3*
	mit Polizeivollzugsbeamten	508	30	34	17	6,7
1.16.7	Grenzschutzdirektion					
	ohne Polizeivollzugsbeamte	*202*	*12*	*17*	*9*	*8,4*
	mit Polizeivollzugsbeamten	406	24	17	9	4,2
1.17	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	339	20	15	4	4,4
1.18	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	2 637	158	226	128	8,6
1.19	Bundesausgleichsamt	34	2	7	3	20,6

1) Die ermittelten Zahlen können wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit der Daten dieser Dienststelle nicht veröffentlicht werden.

2) Enthalten sind administrative grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte. Dieser Personenkreis (Arbeitnehmer) unterliegt aufgrund der einsatzbezogenen Tätigkeit an den EU-Grenzen erhöhten gesundheitlichen Anforderungen. Schwerbehinderte Menschen konnten nach Angaben des BMI daher für diese Tätigkeit nicht berücksichtigt werden.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.		Dienststelle	Zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
					insgesamt	davon Frauen	
1		2	3	4	5	5a	6
4	1.20	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	21	1	0	0	*0*
	1.21	Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	157	9	12	1	*7,6*
		BMI und nachgeordnete Dienststellen*)					
		ohne Polizeivollzugsbeamte	*23 901*	*1 434*	*2 209*	*1 175*	*9,3*
		mit Polizeivollzugsbeamten	56 859	3 412	2 455	1 161	*4,3[1)]*
	2.1	Deutsche Ausgleichsbank	847	51	27	8	*3,2*
5		**Bundesministerium der Justiz**					
	1.1	Ministerium	679	41	52	21	*7,7*
	1.2	Bundespatentgericht	278	17	32	23	*11,5*
	1.3.1	Deutsches Patent- und Markenamt	1 978	119	154	73	*7,8*
	1.3.2	Dienststelle Jena	315	19	29	15	*9,2*
	1.4	Bundesdisziplinargericht	30	2	5	3	*16,7*
		BMJ und nachgeordnete Dienststellen	3 280	197	272	135	*8,3*

*) Ohne lfd. Nr. 1.11.

1) Das Bundesministerium des Innern teilt dazu mit: Soweit im Bundesgrenzschutz und im Bundeskriminalamt Polizeivollzugsbeamte beschäftigt werden und soweit Voraussetzung für die Beschäftigung Polizeidiensttauglichkeit ist, können auf diesen Stellen Schwerbehinderte grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Die strukturellen Schwierigkeiten in diesen Bereichen werden zum Teil dadurch ausgeglichen, dass in anderen Bereichen teilweise weit über 6 % Schwerbehinderte beschäftigt werden. Ohne Polizeivollzugsbeamte liegt die Quote beim Bundesministerium des Innern mit nachgeordnetem Bereich bei 9,3 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				ins-gesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
6	**Bundesministerium der Finanzen**					
1.1	Ministerium und Bundeshauptkasse	2 012	121	202	48	*10,0*
1.2	Bundesschuldenverwaltung	442	27	37	18	*8,4*
1.3	Bundesmonopolverwaltung	419	25	27	9	*6,4*
1.4	Bundesamt für Finanzen	1 228	74	79	29	*6,4*
1.5	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	567	34	44	19	*7,8*
1.6	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	348	21	27	10	*7,8*
1.7	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel	131	8	6	2	*4,6*
1.8.1	Oberfinanzdirektion Berlin[1)]	1 506	90	128	41	*8,5*
1.8.2.	Hamburg	5 666	340	254	89	*4,5*
1.8.3.	Hannover	3 848	231	204	57	*5,3*
1.8.4.	Karlsruhe	4 821	289	241	78	*5,0*
1.8.5	Koblenz	4 932	296	311	87	*6,3*
1.8.6	Köln	4 839	290	394	142	*8,1*
1.8.7	Zollkriminalamt	555	33	46	15	*8,3*
1.8.8	Nürnberg	6 189	371	299	91	*4,8*
1.8.9	Chemnitz	3 137	188	81	27	*2,6*
1.8.10	Cottbus	4 925	296	211	88	*4,3*
1.8.11	Erfurt	847	51	47	35	*5,6*
1.8.12	Magdeburg	1 099	66	71	32	*6,5*
1.8.13	Rostock	955	57	87	40	*9,1*
1.8.14	Bundesamt z. Regelg. offener Vermögensfragen	259	16	22	21	*8,5*
1.8.15	Bildungszentrum Sigmaringen	184	11	13	3	*7,1*
1.8.16	Bildungszentrum Münster	203	12	10	1	*4,9*
1.8.17	Bildungszentrum Plessow	227	14	12	4	*5,3*
	BMF und nachgeordnete Dienststellen	49 339	2 960	2 853	986	*5,8*

[1)] Auf den unter Nummern 1.8.1 bis 1.8.13 aufgeführten Arbeitsplätzen werden zu einem erheblichen Teil Vollzugsbeamte im Grenzzolldienst, Zollfahndungsdienst und Forstbetriebsdienst beschäftigt. Wegen der besonderen Tauglichkeitsanforderungen können schwerbehinderte Menschen in diesem Bereich grundsätzlich nicht verwendet werden.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.		Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
					ins-gesamt	davon Frauen	
1		2	3	4	5	5a	6
6	2	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	12	0	1	0	*8,3*
	3	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	871	52	60	30	*6,9*
	4	DGZ DekaBank Deutsche Kommunalbank	2 393	144	48	24	*2,0*
	5	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1 597	96	92	33	*5,8*
	6	Versorgungsanstalt deutscher Bezirks-schornsteinfegermeister	17	1	0	0	*0*
	7	Bundessteuerberaterkammer	32	2	0	0	*0*
	8	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	1 961	118	163	75	*8,3*
	9	Museumsstiftung Post und Telekommunikation	116	7	6	2	*5,2*
	10	Unfallkasse Post und Telekom	213	13	9	4	*4,2*
7		**Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**					
	1.1	Ministerium	1 556	93	120	38	*7,7*
	1.2.1	Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig	1 310	79	80	18	*6,1*
	1.2.2	Physikalisch-Technische Bundesanstalt					
		– I B Charlottenburg	301	18	24	7	*8,0*
		– I B Friedrichshagen	70	4	14	3	*20,0*
	1.3	Bundesamt für Wirtschaft	312	19	24	13	*7,7*
	1.4	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	169	10	16	8	*9,5*
	1.5	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung	1 461	88	106	29	*7,3*
	1.6	Bundeskartellamt	256	15	14	7	*5,5*
	1.7	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe	718	43	34	8	*4,7*
	1.8	Bundesausfuhramt	303	18	27	9	*8,9*
	1.9	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	2 597	156	177	54	*6,8*
		BMWi und nachgeordnete Dienststellen	9 053	543	636	194	*7,0*

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				ins-gesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
8	**Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**					
1.1	Ministerium	936	56	72	20	*7,7*
1.2	Bundessortenamt	440	26	30	18	*6,8*
1.3	Forschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode	800	48	57	20	*7,1*
1.4	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	787	47	60	24	*7,6*
1.5	Bundesanstalt für Milchforschung	234	14	25	11	*10,7*
1.6	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	234	14	23	13	*9,8*
1.7.	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	199	12	24	12	*12,1*
1.8	Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung	195	12	15	8	*7,7*
1.9	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	365	22	25	7	*6,9*
1.10	Bundesanstalt für Fleischforschung	136	8	8	5	*5,9*[*)]
1.11	Bundesforschungsanstalt für Ernährung	183	11	8	5	*4,4*
1.12	Zentralstelle für Agrardokumentation und -information	64	4	3	0	*4,7*
1.13	Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen	505	30	31	17	*6,1*
	BMVEL und nachgeordnete Dienststellen	5 078	305	381	160	*7,5*
2	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1 200	72	102	51	*8,5*
3	Deutscher Weinfonds	17	1	0	0	*0*

*) Entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				ins-gesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
9	**Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung**					
1.1	Ministerium	1 080	65	106	33	*9,8*
1.2	Bundesversicherungsamt	411	25	28	14	*6,8*
1.3	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	239	14		10	*11,7*
1.4	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	565	34		26	*9,6*
	BMA und nachgeordnete Dienststellen	2 295	138	216	83	*9,4*
2	Bundesanstalt für Arbeit*)	90 231	5 414	7 715	4 238	*8,6*
3	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	26 761	1 606	1 365	889	*5,1*
4	Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen	23	1	1	1	*4,4*
5	Landwirtschaftliche Alterskassen	61	4	0	0	*0*
6	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	22 428	1 346	1 368	658	*6,1*
7	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	363	22	14	6	*3,9*
8	Bundesknappschaft	13 457	807	815	466	*6,1*
9	Eisenbahn-Unfallkasse	170	10	4	0	*2,4*
10	Bahnversicherungsanstalt	1 133	68	56	24	*4,9*
10	**Bundesministerium der Verteidigung**					
1.1	Ministerium	2 369	142	108	36	*4,6*
1.2	Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	13 344	801	937	174	*7,0*
1.3	Bundesamt für Wehrverwaltung	675	41	27	13	*4,0*
1.4	Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr	37	2	2	1	*5,4*[1]
1.5	Katholisches Militärbischofsamt	34	2	0	0	*0*

*) Einschließlich Fachhochschule Mannheim.

[1] Entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.		Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
					ins-gesamt	davon Frauen	
1		2	3	4	5	5a	6
10	1.6.1	Wehrbereichsverwaltung I	18 168	1 090	1 298	449	*7,1*
	1.6.2	Wehrbereichsverwaltung II	20 059	1 204	1 762	496	*8,8*
	1.6.3	Wehrbereichsverwaltung III	16 713	1 003	1 507	530	*9,0*
	1.6.4	Wehrbereichsverwaltung IV	15 833	950	1 236	378	*7,8*
	1.6.5	Wehrbereichsverwaltung V	9 553	573	825	296	*8,6*
	1.6.6	Wehrbereichsverwaltung VI	18 782	1 127	1 404	457	*7,5*
	1.6.7	Wehrbereichsverwaltung VII	13 359	802	717	319	*5,4*
	1.7	Bundessprachenamt	522	31	44	18	*8,4*
	1.8.1	Universität der Bundeswehr Hamburg	663	40	37	17	*5,6*
	1.8.2	Universität der Bundeswehr München	980	59	50	22	*5,1*
		BMVg und nachgeordnete Dienststellen	131 091	7 865	9 954	3 206	*7,6*
11		**Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend**					
	1.1	Ministerium	481	29	32	16	*6,7*
	1.2	Bundesamt für Zivildienst	1 045	63	96	43	*9,2*
	1.3	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	10	0	0	0	*0*
		BMFSFJ und nachgeordnete Dienststellen	1 536	92	128	59	*8,3*
12		**Bundesministerium für Gesundheit**					
	1.1	Ministerium	557	33	40	16	*7,2*
	1.2	Robert-Koch-Institut	604	36	39	23	*6,5*
	1.3	Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucher-schutz und Veterinärmedizin	828	50	43	21	*5,2*
	1.4	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte	852	51	48	36	*5,6*
	1.5	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	150	9	13	6	*8,7*
	1.6	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information	105	6	6	2	*5,7*[*)]
	1.7	Paul-Ehrlich-Institut	561	34	53	20	*9,5*
		BMG und nachgeordnete Dienststellen	3 657	219	242	124	*6,6*

[*)] Entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				ins-gesamt	davon Frauen	
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**5a**	**6**
12 2	Bundesverband der Ortskrankenkassen	339	20	13	11	*3,8*
3	Bundesverband der Betriebskrankenkassen einschl. BBK Akademie	376	23	20	8	*5,3*
4	Bundesverband der Innungskrankenkassen	228	14	12	3	*5,3*
5	Kassenärztliche Bundesvereinigung	174	10	8	6	*4,6*
6	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung	80	5	1	1	*1,3*
7	Innungskrankenkassen	874	49	18	13	*2,1*
8	Betriebskrankenkassen, die nach § 147 Abs. 2 SGB V die Personalkosten übernommen haben	2 522	145	101	52	*4,0*
9	Angestellten-Ersatzkassen	45 346	2 721	1 965	749	*4,3*
10	Arbeiter-Ersatzkassen	2 285	137	82	42	*3,6*
11	Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen	76	5	2	2	*2,6*
12	Landwirtschaftliche Krankenkassen	221	13	13	2	*5,9*[*)]
13	**Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**					
1.1	Ministerium	1 686	101	94	23	*5,6*
1.2	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten	10	0	2	0	*20,0*
1.3	Deutscher Wetterdienst – Zentralamt –	2 864	172	126	44	*4,4*
1.4	Kraftfahrt-Bundesamt	1 065	64	104	51	*9,8*
1.5	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie	906	54	62	20	*6,8*
1.6	Luftfahrt-Bundesamt	415	25	19	6	*4,8*
1.6.1	Luftfahrt-Bundesamt – Verwaltungsstelle Flugsicherung	35	2	1	1	
1.7	Bundesanstalt für Straßenwesen	390	23	18	6	*4,6*
1.8	Bundesanstalt für Gewässerkunde	412	25	21	3	*4,6*
1.9	Bundesanstalt für Wasserbau	430	26	20	7	*4,7*
1.10	Wasser- und Schifffahrtdirektionen					
1.10.1	Nord	2 779	167	203	33	*7,3*
1.10.2	Nordwest	1 462	88	118	11	*8,1*

[*)] Entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.		Dienststelle	Zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze insgesamt	davon Frauen	Spalte 5 in % der Spalte 3
1		2	3	4	5	5a	6
13	1.10.3	Mitte	1 686	101	97	26	*5,8*
	1.10.4	West	1 835	110	150	27	*8,2*
	1.10.5	Südwest	2 372	142	150	41	*6,3*
	1.10.6	Süd	1 675	101	105	23	*6,3*
	1.10.7	Ost	2 918	175	162	46	*5,6*
	1.11	Bundesamt für Güterverkehr	961	58	70	23	*7,3*
	1.12	Eisenbahn-Bundesamt	1 195	72	34	10	*2,9*
	1.13	Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung	35	2	2	0	*5,7*[*]
	1.14	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	697	42	44	16	*6,3*
		BMVBW und nachgeordnete Dienststellen	25 828	1 550	1 602	417	*6,2*
	2	**Bundeseisenbahnvermögen (BEV)**	6 585	395	367	50	*5,6*
14		**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**					
	1.1	Ministerium	854	51	78	33	*9,1*
	1.2	Umweltbundesamt	1 086	65	109	47	*10,0*
	1.3	Bundesamt für Naturschutz	267	16	19	12	*7,1*
	1.4	Bundesamt für Strahlenschutz	658	39	49	23	*7,5*
		BMU und nachgeordnete Dienststellen	2 865	172	255	115	*8,9*
15		**Bundesministerium für Bildung und Forschung**					
	1	Ministerium	1 017	61	75	26	*7,4*
	2	Bundesinstitut für Berufsbildung	427	26	12	6	*2,8*
		BMBF und nachgeordnete Dienststellen	1 444	87	87	32	*6,0*

[*] Entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.		Dienststelle	Zu zählende Arbeitsplätze	Zahl der Pflichtplätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
					insgesamt	davon Frauen	
1		2	3	4	5	5a	6
16		**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**	586	35	32	14	*5,5*
17		**Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung**	646	39	47	32	*7,3*
18	1.1	**Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien**	182	11	13	7	*7,1*
		1. Nachgeordneter Bereich					
	1.2	Bundesarchiv	796	48	85	35	*10,7*
	1.3	Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte	9	0	0	0	*0*
		BKM und nachgeordnete Dienststellen	987	59	98	42	*9,9*
	2	Deutsche Bibliothek	766	46	45	23	*5,9*
	3	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2 191	131	153	78	*7,0*
	4	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	115	7	0	0	*0*
19		**Präsident des Bundesrechnungshofes**					
	1.1	Bundesrechnungshof	633	38	39	13	*6,2*
	1.2	Prüfungsämter des Bundes	530	32	25	4	*4,7*
			1 163	70	64	17	*5,5*
20		**Deutscher Bundestag**	2 373	142	131	70	*5,5*
21		**Bundesrat**	189	11	9	5	*4,8*
22		**Bundesverfassungsgericht**	158	9	9	4	*5,7*[*)]
23		**Bundesgerichtshof und Generalbundesanwalt**					
	1.1	Bundesgerichtshof	277	17	17	6	*6,1*
	1.2.1	Generalbundesanwalt (o. Bundeszentralregister)	186	11	13	6	*7,0*
	1.2.2	Bundeszentralregister	364	22	24	12	*6,6*
			827	50	54	24	*6,5*

[*)] Entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1a

Lfd. Nr.	Dienststelle	Zu zählende Arbeits-plätze	Zahl der Pflicht-plätze	Besetzte Arbeitsplätze		Spalte 5 in % der Spalte 3
				ins-gesamt	davon Frauen	
1	2	3	4	5	5a	6
24	**Bundesverwaltungsgericht**	186	11	18	10	*9,7*
25	**Bundesarbeitsgericht**	134	8	8	3	*6,0*
26	**Bundessozialgericht**	170	10	28	9	*16,5*
27	**Bundesfinanzhof**	131	8	14	10	*10,7*
28	**Deutsche Bundesbank**	15 996	960	977	374	*6,1*

Anlage 1b

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes (Bundesministerien einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche und sonstige Bundesdienststellen) (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 SchwbG)
(§ 71 Abs. 3 Nr. 1 SGB IX)
Stichmonat: Oktober 2000

Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.2000	Beschäftigungs-quote Vorjahr	Differenz +/– in %-Punkten
BPrA	160	11	*6,9*	9,8	*– 2,9*
Bund-Länder-Kommission	24	2	*8,3*	8,3	*+/– 0*
BK	493	22	*4,5*[*)]	4,2[*)]	*+ 0,3*
AA	2 644	106	*4,0*[1)]	5,3[1)]	*– 1,3*
BMI					
ohne Polizeivollzugs-beamte (PVB)	*23 901*	*2 209*	*9,3*	*9,1*	*+ 0,2*
mit PVB	56 859	2 455	*4,3*[2)]	3,9[2)]	*+ 0,4*
BMJ	3 280	272	*8,3*	8,6	*– 0,3*
BMF	49 339	2 853	*5,8*[3)]	5,6[3)]	*+ 0,2*
BMWi	9 053	636	*7,0*	7,2	*– 0,2*
BMVEL	5 078	381	*7,5*	7,5	*+/– 0*
BMA	2 295	216	*9,4*	9,3	*+ 0,1*
BMVg	131 091	9 954	*7,6*	7,6	*+/– 0*
BMFSFJ	1 536	128	*8,3*	7,7	*+ 0,6*
BMG	3 657	242	*6,6*	6,2	*+ 0,4*
BMVBW	25 828	1 602	*6,2*	6,3	*– 0,1*
BMU	2 865	255	*8,9*	8,9	*+/– 0*
BMBF	1 444	87	*6,0*	6,8	*– 0,8*
BMZ	586	32	*5,5*	6,8	*– 1,3*
BPA	646	47	*7,3*	9,3	*– 2,0*
BKM	987	98	*9,9*	9,6	*+ 0,3*
BVerfG	158	9	*5,7*	4,4	*+ 1,3*
BRH	1 163	64	*5,5*	5,4	*+ 0,1*
BT	2 373	131	*5,5*	6,3	*– 0,8*
BR	189	9	*4,8*	4,5	*+ 0,3*
BGH/GBA	827	54	*6,5*	5,8	*+ 0,7*
BVerwG	186	18	*9,7*	10,9	*– 1,2*
BAG	134	8	*6,0*	7,8	*– 1,8*
BSG	170	28	*16,5*	16,3	*+ 0,2*
BFH	131	14	*10,7*	7,6	*+ 3,1*
BEV	6 585	367	*5,6*	5,9	*– 0,3*
Gesamtsumme 31.10.2000	**309 781**	**20 101**	***6,5***	**6,4**	***+ 0,1***

*) Ohne nachgeordneten Bereich.

Die betroffenen Ressorts teilen dazu mit:

1) Das Auswärtige Amt muss zur Erfüllung seiner Aufgaben bis auf wenige Ausnahmen von allen Bediensteten die gesundheitliche Eignung für den regelmäßigen Wechsel zwischen Inlands- und Auslandsdienstposten verlangen. Neben körperlichen Mindesttauglichkeitsvoraussetzungen setzt die Einstellung im höheren, gehobenen und mittleren Dienst eine erfolgreiche Platzierung im Auswahlverfahren voraus. Trotz gezielter Werbemaßnahmen fehlt es bisher an geeigneten schwerbehinderten Bewerbern und Bewerberinnen (Bewerberquote unter 1 %).

2) Soweit im Bundesgrenzschutz und im Bundeskriminalamt Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen beschäftigt werden und soweit Voraussetzung für die Beschäftigung Polizeidiensttauglichkeit ist, können auf diesen Stellen schwerbehinderte Menschen grundsätzlich nicht beschäftigt werden. Die strukturellen Schwierigkeiten in diesen Bereichen werden zum Teil dadurch ausgeglichen, dass in anderen Bereichen teilweise weit über 6 % schwerbehinderte Menschen beschäftigt werden. Ohne den Polizeivollzugsdienst liegt die Quote beim Bundesministerium des Innern mit nachgeordnetem Bereich bei 9,3 %.

3) Entsprechendes wie nach Fußnote 2 beim Bundesministerium des Innern gilt beim Bundesministerium der Finanzen wegen der besonderen Tauglichkeitsanforderungen im Vollzugsdienst der Zollverwaltung und im Forstbetriebsdienst der Bundesvermögensverwaltung.

Anlage 1c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes (Bundesministerien einschl. der nachgeordneten Geschäftsbereiche)
Stichmonat: Oktober 2000

Ressorts einschl. nachgeordneter Bereiche	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.2000	Beschäftigungs-quote Vorjahr	Differenz +/– in %-Punkten
BPrA	160	11	*6,9*	9,8	– 2,9
BK*)	493	22	*4,5*	4,2	+ 0,3
AA	2 644	106	*4,0*	5,3	– 1,3
BMI					
ohne Polizeivollzugs-beamte (PVB)	*23 901*	*2 209*	*9,3*	*9,1*	*+ 0,2*
mit PVB	56 859	2 455	*4,3*	3,9	+ 0,4
BMJ	3 280	272	*8,3*	8,6	– 0,3
BMF	49 339	2 853	*5,8*	5,6	+ 0,2
BMWi	9 053	636	*7,0*	7,2	– 0,2
BMVEL	5 078	381	*7,5*	7,5	+/– 0
BMA	2 295	216	*9,4*	9,3	+ 0,1
BMVg	131 091	9 954	*7,6*	7,6	+/– 0
BMFSFJ	1 536	128	*8,3*	7,7	+ 0,6
BMG	3 657	242	*6,6*	6,2	+ 0,4
BMVBW	25 828	1 602	*6,2*	6,3	– 0,1
BMU	2 865	255	*8,9*	8,9	+/– 0
BMBF	1 444	87	*6,0*	6,8	– 0,8
BMZ	586	32	*5,5*	6,8	– 1,3
BPA	646	47	*7,3*	9,3	– 2,0
BKM	987	98	*9,9*	9,6	+ 0,3
Insgesamt	**297 841**	**19 397**	***6,5***	**6,4**	**+ 0,1**

*) Ohne nachgeordneten Bereich.

Anlage 1d

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes
(Bundesministerien ohne nachgeordneten Geschäftsbereich)
Stichmonat: Oktober 2000

Ressorts ohne nachgeordnete Bereiche	Zu zählende Arbeitsplätze	Mit schwerbehinderten Menschen besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.2000	Beschäftigungs-quote Vorjahr	Differenz +/– in %-Punkten
BPrA	160	11	*6,9*	9,8	*– 2,9*
BK	493	22	*4,5*	4,2	*+ 0,3*
AA	2 500	98	*3,9*	5,3	*– 1,4*
BMI	1 389	101	*7,5*	8,6	*– 1,1*
BMJ	679	52	*7,7*	8,7	*– 1,0*
BMF	2 012	202	*10,0*	9,4	*+ 0,6*
BMWi	1 556	120	*7,7*	7,3	*+ 0,4*
BMVEL	936	72	*7,7*	7,7	*+/– 0*
BMA	1 080	106	*9,8*	9,1	*+ 0,7*
BMVg	2 369	108	*4,6*	4,9	*– 0,3*
BMFSFJ	481	32	*6,7*	6,5	*+ 0,2*
BMG	557	40	*7,2*	7,2	*+/– 0*
BMVBW	1 686	94	*5,6*	6,4	*– 0,8*
BMU	854	78	*9,1*	8,8	*+ 0,3*
BMBF	1 017	75	*7,4*	7,7	*– 0,3*
BMZ	586	32	*5,5*	6,8	*– 1,3*
BPA	646	47	*7,3*	9,3	*– 2,0*
BKM	182	13	*7,1*	7,6	*– 0,5*
Insgesamt	**19 183**	**1 303**	***6,8***	**7,2**	***– 0,4***

Anlage 1e

Schwerbehinderte Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes; hier: Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 Schwerbehindertengesetz)
(§ 71 Abs. 3 Nr. 4 SGB IX)
Stichmonat Oktober 2000

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.2000	Beschäftigungs-quote Vorjahr	Differenz +/– in %-Punkten
1.	Deutsche Ausgleichsbank	847	27	*3,2*	2,5	*0,7*
2.	Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen	12	1	*8,3*	8,3	*0*
3.	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	871	60	*6,9*	7,0	*– 0,1*
4.	DGZ DekaBank Deutsche Kommunalbank	2 393	48	*2,0*	2,0	*0*
5.	Kreditanstalt für den Wiederaufbau	1 597	92	*5,8*	5,1	*0,7*
6.	Versorgungsanstalt deutscher Bezirksschornsteinfegermeister	17	0	*0*	0	*0*
7.	Bundessteuerberaterkammer	32	0	*0*	0	*0*
8.	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	1 961	163	*8,3*	8,4	*– 0,1*
9.	Museumsstiftung Post und Telekommunikation	116	6	*5,2*	5,5	*– 0,3*
10.	Unfallkasse Post und Telekom	213	9	*4,2*	3,6	*0,6*
11.	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung	1 200	102	*8,5*	9,8	*– 1,3*
12.	Deutscher Weinfonds	17	0	*0*	0	*0*
13.	Bundesanstalt für Arbeit	90 231	7 715	*8,6*	8,5	*0,1*
14.	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	26 761	1 365	*5,1*	4,2	*0,9*
15.	Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen	23	1	*4,4*[*)]	4,3	*0,1*
16.	Landwirtschaftliche Alterskassen	61	0	*0*	4,9	*– 4,9*

[*)] Die Zahl entspricht einer Quote von 6 %.

noch Anlage 1e

Lfd. Nr.	Dienststellen	Zu zählende Arbeitsplätze	Besetzte Arbeitsplätze	Quote in % zum 31.10.1999	Beschäftigungs-quote Vorjahr	Differenz +/– in %-Punkten
17.	Gewerbliche Berufsgenossenschaften	22 428	1 368	*6,1*	6,2	*– 0,1*
18.	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	363	14	*3,9*	5,3	*– 1,4*
19.	Bundesknappschaft	13 457	815	*6,1*	5,6	*0,5*
20.	Eisenbahn-Unfallkasse	170	4	*2,4*	2,5	*– 0,1*
21.	Bahnversicherungsanstalt	1 133	56	*4,9*	5,9	*– 1,0*
22.	Bundesverband der Ortskrankenkassen	339	13	*3,8*	5,1	*– 1,3*
23.	Bundesverband der Betriebskrankenkassen	376	20	*5,3*	7,0	*– 1,7*
24.	Bundesverband der Innungskrankenkassen	228	12	*5,3*	5,9	*– 0,6*
25.	Kassenärztliche Bundesvereinigung	174	8	*4,6*	5,1	*– 0,5*
26.	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung	80	1	*1,3*	1,4	*– 0,1*
27.	Innungskrankenkassen	874	18	*2,1*	1,9	*0,2*
28.	Betriebskrankenkassen gem. § 147 Abs. 2 SGB V	2 522	101	*4,0*	4,6	*– 0,6*
29.	Angestellten-Ersatzkassen	45 346	1 965	*4,3*	4,5	*– 0,2*
30.	Arbeiter-Ersatzkassen	2 285	82	*3,6*	3,3	*0,3*
31.	Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen	76	2	*2,6*	4,1	*– 1,5*
32.	Landwirtschaftliche Krankenkassen	221	13	*5,9*[*)]*	6,4	*– 0,5*
33.	Deutsche Bibliothek	766	45	*5,9*	6,5	*– 0,6*
34.	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2 191	153	*7,0*	6,9	*0,1*
35.	Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	115	0	*0*	0,8	*– 0,8*
36.	Deutsche Bundesbank	15 996	977	*6,1*	6,1	*0*
	2000	235 492	15 256			
	1999	232 735	14 914	*6,5*	6,4	
	Differenz zum Vorjahr					*0,1*

*) Die Zahl entspricht einer Quote von 6 %.

Schwerbehinderte Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes; hier: Entwicklung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes vom 1. November 1999 bis 31. Oktober 2000

Dienststellen	Neueinstellungen[*] davon			darunter Neueinstellungen von schwerbeh. Menschen/Gleichgestellt.			Quote der neueingestellten schwerbeh. Menschen/Gleichgest. im Verhältnis zu allen Neueinstellungen	Erstmalige Anerkennung als Schwerbehinderte(r)/Gleichstellung			Ausgeschiedene Schwerbeh./Gleichgest. bzw. Wegfall der SB- bzw. GL-Eigenschaft		
	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.		insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.
A. *Bundesressorts*													
BPrA	17	7	10	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
BK	63	30	33	4	3	1	6,4	1	0	1	6	5	1
Ausw. Amt	341	117	224	3	1	2	0,9	13	12	1	22	11	11
BMI	1 463	838	625	96	49	47	6,6	218	121	97	296	176	120
BMJ	222	116	106	9	6	3	4,1	32	18	14	47	23	24
BMF	1 175	641	534	144	76	68	12,3	320	207	113	404	282	122
BMWi	469	279	190	11	4	7	2,4	57	37	20	119	83	36
BMVEL	311	134	177	24	15	9	7,7	22	13	9	56	34	22
BMA	66	25	41	10	3	7	15,2	12	7	5	10	7	3
BMVg	3 869	2 118	1 751	88	53	35	2,3	919	617	302	1 212	882	330
BMFSFJ	72	27	45	12	10	2	16,7	6	5	1	13	11	2
BMG	407	123	284	11	4	7	2,7	12	3	9	32	15	17
BMVBW	1 209	894	315	28	20	8	2,3	146	108	38	260	206	54
BMU	187	74	113	9	4	5	4,8	23	15	8	28	19	9
BMBF	62	28	34	0	0	0	0	3	2	1	11	8	3
BMZ	23	8	15	1	0	1	4,4	0	0	0	5	3	2
BPA	22	14	8	1	1	0	4,6	3	2	1	13	9	4
BKM	264	103	161	11	5	6	4,2	23	11	12	29	13	16
Zwischensumme I	10 242	5 576	4 666	462	254	208	4,5	1 810	1 178	632	2 564	1 787	777
B. *Sonstige Dienststellen*													
BVerfG	8	3	5	0	0	0	0	2	0	2	0	0	0
BRH	144	84	60	4	3	1	2,8	10	7	3	10	8	2
BT	456	239	217	9	2	7	2,0	5	1	4	42	28	14
BR	62	29	33	2	1	1	3,2	1	1	0	2	2	0
BGH/GBA	7	3	4	2	1	1	28,6	0	0	0	4	3	1
BVerwG	18	4	14	0	0	0	0	0	0	0	3	1	2
BAG	5	1	4	1	1	0	20,0	1	1	0	0	0	0
BSG	15	5	10	2	2	0	13,3	1	1	0	4	2	2
BFH	8	1	7	2	0	2	25,0	5	4	1	2	0	2
BEV	0	0	0	0	0	0	0	49	41	8	107	96	11
Zwischensumme II	723	369	354	22	10	12	3,1	74	56	18	174	140	34
Gesamtsumme	**10 965**	**5 945**	**5 020**	**484**	**264**	**220**	**4,4**	**1 884**	**1 234**	**650**	**2 738**	**1 927**	**811**

[*] Zu den Neueinstellungen zählen auch in nicht unerheblichem Umfang Einstellungen auf Stellen des Vollzugsdienstes im Bereich des BMI und des BMF, auf denen schwerbehinderte Menschen grundsätzlich nicht beschäftigt werden können.

2 368 Neueinstellungen bzw. erstmaligen Anerkennungen als SB/GL stehen
27 738 ausgeschiedene schwerbehinderte Menschen/gleichgestellte behinderte Menschen bzw. Wegfall der Schwerbehinderteneigenschaft/GL-Eigenschaft gegenüber
370 Minussaldo.

Anlage 1g

Entwicklung der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten im Kalenderjahr 2000

Dienststellen	Auftragsvergabe an		Gesamtvolumen in DM
	Werkstätten für behinderte Menschen	Blindenwerkstätten	
A. Bundesressorts			
BPrA	4 815,00	213,30	5 028,30
BK	22 990,12	2 032,50	25 022,62
Ausw. Amt	2 100,48	1 899,25	3 999,73
BMI	98 190,82	40 142,96	138 333,78
BMJ	38 500,00	335,98	38 835,98
BMF	293 293,54	19 331,17	312 624,71
BMWi	215 356,12	8 084,16	223 440,28
BMVEL	17 232,05	2 342,29	19 574,34
BMA	12 789,33	449,28	13 238,61
BMVg	403 443,00	796 433,00	1 199 876,00
BMFSFJ	67 442,27	0,00	67 442,27
BMG	938,00	3 898,16	4 836,16
BMVBW	15 734,17	40 166,64	55 900,81
BMU	1 270,60	3 711,04	4 981,64
BMBF	10 771,78	3 169,33	13 941,11
BMZ	1 224,39	221,01	1 445,40
BPA	0,00	514,39	514,39
BKM	16 261,51	0,00	16 216,51
Zwischensumme I	1 222 353,18	922 944,46	2 145 252,64
B. Sonstige Bundesdienststellen			
BVerfG	0,00	66,98	66,98
BRH	0,00	0,00	0,00
BT	77 596,39	1 336,59	78 932,98
BR	0,00	385,88	385,88
BGH/GBA	0,00	344,82	344,82
BVerwG	0,00	0,00	0,00
BAG	1 708,41	1 959,53	3 667,94
BSG	63,94	487,53	551,47
BFH	4 832,63	339,19	5 171,82
BEV	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme II	84 201,37	4 920,52	89 121,89
Gesamtsumme	**1 306 554,55**	**927 864,98**	**2 234 374,53**



Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-8333